

Kleine Anfrage 965

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

an die Landesregierung

Barnimer Landrat verweigert seit 3 Jahren Umsetzung eines Kreistagsbeschlusses auf Einführung von Livestream-Übertragungen

Der Kreistag Barnim hat in seiner Sitzung am 06.12.2017 beschlossen, eine generelle Livestream-Übertragung seiner Sitzungen vorzunehmen. Der im Jahr 2018 neu gewählte Landrat möchte jedoch keinen Livestream. „Dementsprechend“ wurde der Beschluss des Kreistages seit mittlerweile 3 Jahren nicht umgesetzt. Es findet kein Livestream statt. Im Rahmen der Neufassung der Geschäftsordnung des Kreistages im März 2020 unternahm der Landrat den Versuch, den Livestream-Beschluss durch eine entgegenstehende Regelung in der Geschäftsordnung auszuhebeln. Dieser Versuch wurde abgelehnt, durch eine weitere Abstimmung bekräftigte der Kreistag, den Livestream zu wollen. Doch dadurch lässt sich der Landrat nicht beeindrucken. Es wird auch seitdem konsequent kein Livestream eingerichtet. Zynischerweise wird dies mittlerweile mit Corona und dem neuen Tagungsraum des Kreistages gerechtfertigt und darauf verwiesen, dass es sich nicht lohne, für den „Übergangssitzungsraum“ (der mittlerweile seit über einem halben Jahr verwendet wird) dies einzurichten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landrat verpflichtet, rechtmäßige Beschlüsse des Kreistages umzusetzen?
2. Wenn ja, gilt dies auch im Barnim?
3. Wenn ja, gilt dies auch, wenn dem Landrat der Beschluss nicht gefällt?
4. Welche praktischen Möglichkeiten hat der Kreistag, die Umsetzung seines Beschlusses zu erzwingen?
5. Entspricht es den Empfehlungen der Landesregierung, in Zeiten der Corona-Pandemie sogar weniger Digitalübertragung anzubieten, als gängig und beschlossen?
6. Was gedenkt die Landesregierung zu tun, um solch eklatanten Verstößen gegen die gesetzlich bestehenden Verpflichtungen von Hauptverwaltungsbeamten generell Einhalt zu gebieten?